

Niederschrift
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Personal- und
Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 06.03.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:19 Uhr
Ort, Raum:	im großen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Als Vorsitzender:

Redelberger, Thomas Bürgermeister

Ausschussmitglieder:

Flöhl, Rüdiger	NÖL	anwesend ab 19:17 Uhr / TOP 7
Glock, Klaus	CDU	
Hill, Hans-Kurt	Die Linke	
Hubig, Ute	CDU	
Krebs, Ulrich	FDP	
Michaelis, Friedrich	CDU	
Schäfer, Kerstin	SPD	
Schmidt, Manfred	CDU	
Schmidt, Stefan	SPD	i. V. für H.Sauer
Trappmann, Claudia	SPD	i. V. für H.Pörtner
Wark, Roland	UBH	
Zeiger, Armin	CDU	
Zimmer, Reiner	SPD	

Ratsmitglieder:

Maas, Helmut CDU

Von der Verwaltung:

Flätgen, Hans Günter	
Mack, Ursula	bis 20:15 Uhr / TOP 7
Schneider, Udo	bis 20:12 Uhr / TOP 7
Thinnes, Klaus	bis 20:15 Uhr / TOP 7

Schriftführerin:

Woll, Martina

Presse:

Dittgen, Fredy Saarbrücker Zeitung

Entschuldigt fehlt/fehlen:

Pörtner, Holger	SPD
Sauer, Stephen	SPD

Der Vorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Personal- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr.

Herr Zimmer beantragt, TOP 4 „Regionalverbandsumlage 2017, hier: Einlegung Widerspruch gegen Festsetzungsbescheid“ in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben. Es gehe um eine Rechtsangelegenheit, die nach KSVG nichtöffentlich beraten werden müsse. Der Vorsitzende erklärt, es gehe um Haushaltsberatungen; die Regionalverbandsumlage werde öffentlich besprochen, ebenso der Haushalt. Herr Manfred Schmidt erklärt, es gebe keine Bedenken, diesen TOP im öffentlichen Teil zu belassen. Herr Zimmer gibt zur Kenntnis, wenn der TOP öffentlich bleibe, werde sich die SPD an der Beratung nicht beteiligen.

Herr Hill beantragt, TOP 3 „Plakatierung vor Wahlkämpfen – Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion“ von der Tagesordnung abzusetzen. Man befinde sich mitten im Wahlkampf, die Plakate hingen bereits. Wenn, beträfe es zukünftige Plakatierungen, z.B. für die Bundestagswahl.

Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor. Der Vorsitzende lässt zunächst über den Antrag der SPD, TOP 4 in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben, abstimmen:

Beschluss mit 4 Ja-Stimmen (4 SPD) und 8 Nein-Stimmen (5 CDU, 1 FDP, 1 UBH):

Der Antrag ist abgelehnt, TOP 4 verbleibt im öffentlichen Teil.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der Linken, TOP 3 von der Tagesordnung abzusetzen, abstimmen:

Beschluss mit 6 Ja-Stimmen (5 CDU, 1 Die Linke) und 6 Nein-Stimmen (4 SPD, 1 FDP, 1 UBH):

Der Antrag ist abgelehnt. TOP 3 verbleibt auf der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Tagesordnung abschließen:

Beschluss mit 4 Nein-Stimmen (4 SPD):

Der Personal- und Finanzausschuss beschließt die nachfolgende

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 16.01.2017 (öffentlicher Teil)
- 2 Kommunalen Entlastungsfonds (KELF) - Beantragung von Konsolidierungshilfen
Vorlage: BV/0013/17
- 3 Plakatierung vor Wahlkämpfen - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0014/17

- 4 Regionalverbandsumlage 2017
hier: Einlegung Widerspruch gegen Festsetzungsbescheid
Vorlage: BV/0015/17
- 5 Mitteilungen und Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 16.01.2017 (nichtöffentlicher Teil)
- 7 Doppelhaushalt 2017/2018
Vorlage: BV/0133/16
- 8 Personalangelegenheiten
- 9 Mitteilungen und Verschiedenes

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 16.01.2017 (öffentlicher Teil)

Einstimmiger Beschluss bei 4 Enthaltungen (3 SPD, 1 FDP):

Die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 16.01.2017 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.

**zu 2 Kommunalen Entlastungsfonds (KELF) - Beantragung von Konsolidierungshilfen
Vorlage: BV/0013/17**

Der Vorsitzende erläutert kurz den Sachverhalt. Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt er über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Einstimmige Beschlussempfehlung:

Der Personal- und Finanzausschuss empfiehlt die Beantragung der Konsolidierungshilfen aus dem Sondervermögen „Kommunalen Entlastungsfonds“ für das Jahr 2017.

Die Konsolidierungshilfen werden ausschließlich zur zusätzlichen Kredittilgung verwendet (§ 5 Abs. 1 KELFG 2015)

**zu 3 Plakatierung vor Wahlkämpfen - Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion
Vorlage: BV/0014/17**

Der Vorsitzende erteilt dem Antragsteller das Wort. Herr Zimmer erklärt, was aktuell im Wahlkampf passiere, könne so nicht hingenommen werden. U.a. würden Parteien, die nicht im Rat ansässig seien, Plakate so aufhängen, dass für andere kein Platz mehr sei. Weiter käme es in erheblichem Maße zu Beschädigungen bis hin zu Zerstörungen von Plakaten durch gegnerische Parteien. Die SPD schlage vor, z.B. Größe, Standort, Befestigung etc. in einer Satzung festzuschreiben. Über Details könne man sich noch unterhalten und auch die Verwaltung könne Vorschläge unterbreiten. Er möchte dies zur Diskussion stellen.

Herr Krebs erklärt, dass gegen eine Regelung prinzipiell nichts einzuwenden sei. Die FDP-Fraktion sehe den Vorschlag der SPD jedoch als falschen Weg. Man befinde sich in den Haushaltsberatungen, wo z.B. für Schulen über Kürzungen im Cent-Bereich diskutiert werde. Nun solle der Bauhof Plätze zum Plakatieren bereitstellen, die auf- und wieder abgebaut werden müssten, was wiederum Geld koste.

Herr Hill teilt mit, man habe dies bereits in der Fraktionsvorsitzendenrunde angesprochen. Er stimme zu, dass die aufgehängten Plakate ein schlechtes Bild abgeben würden. Die übergroßen Plakate würden dazu führen, dass die kleineren Plakate herunter gedrückt würden. Er weist weiter darauf hin, dass die Plakate für die Druckindustrie auch Arbeitsplätze bedeuteten. Er sei gegen eine Reglementierung, man solle an die eigene Vernunft appellieren.

Herr Manfred Schmidt erklärt für die CDU-Fraktion, kein Freund von restriktiven Reglementierungen zu sein. Er gibt Herrn Krebs Recht, dass dies nicht zielführend sei und eine Mehrbelastung für die Kommune bedeute. Er werde nicht zustimmen. Wenn der Wahlkampf vorbei sei, könne man nochmal darüber reden.

Herr Wark erklärt, er sehe höchstens eine Reglementierung auf die Stückzahl, aber auch erst nach der Wahl.

Der Vorsitzende teilt mit, für eine Diskussion darüber nicht undankbar zu sein. Eventuell könne man dies in der Fraktionsvorsitzendenrunde nochmal ansprechen.

Herr Stefan Schmidt spricht die Plakatierung durch die NPD an. In der Talstraße auf dem Weg zur Grundschule habe die NPD ein Doppelplakat montiert. Eltern hätten ihn angerufen und sich beschwert, dass das Plakat von den Kindern einsehbar sei. Da nichts unternommen worden sei, hätten die Bürger zur Selbstjustiz gegriffen und das Plakat entfernt. Er finde diese Plakate widerlich, so etwas dürfe nicht auf dem Schulweg aufgehängt werden. Deswegen sei er für die Tafellösung, um solche Dinge zu verhindern.

Nach kurzer Diskussion über die Art und Weise der Plakatierung durch einzelne Parteien erklärt Herr Zimmer, dass man bereit sei, die Sache einstweilen zurückzustellen, wenn von den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltung ein Vorschlag ausgearbeitet werde.

Der Vorsitzende erklärt, für die Fraktionsvorsitzendenbesprechung Punkte zusammentragen zu wollen, über die man dann diskutieren könne.

Der Tagesordnungspunkt wird für eine spätere Beratung zurückgestellt.

zu 4

Regionalverbandsumlage 2017

hier: Einlegung Widerspruch gegen Festsetzungsbescheid

Vorlage: BV/0015/17

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt. Es gehe um den Bescheid über die Regionalverbandsumlage von 11,1 Mio Euro, der am 17.02.2017 eingegangen sei. Mittlerweile gebe es eine neue Berechnungsformel, nach der man die Sanierungsanstrengungen nachweisen müsse. In dieser Formel sei auch die Normalentwicklung enthalten und in dieser die Regionalverbandsumlage. Zeitverzögert mache sich diese Erhöhung deutlich bemerkbar. Um bis 2024 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, müsse man immer wieder ausgleichen. Das schränke den Spielraum enorm ein, weshalb man in der Bürgermeisterrunde den weiteren Umgang diskutiert und sich auf die Möglichkeit einer Klage verständigt habe. Die Entscheidung obliege jedoch letztendlich den einzelnen Räten. Nun gehe es zunächst darum, Widerspruch gegen den Bescheid einzulegen, was bis 17.03.2017 erfolgen müsse. Eine anschließende Klage mache nur Sinn, wenn sich mehrere Kommunen finanziell zusammenschließen würden. Es solle nicht gegen die Umlage selbst geklagt werden, sondern nur gegen die Erhöhung oder einen Teil davon, den man als zu hoch ansehe. Hierüber bestimme sich der Streitwert des Verfahrens. Aktuell sehe es so aus, dass nur Heusweiler für die Klageerhebung in Frage käme. Es werde nun geklärt, ob andere Kommunen sich finanziell beteiligen würden. Einige hätten schon verneint, andere würden es noch in den Räten beraten, die Stadt Saarbrücken habe schon zugestimmt.

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Zimmer gibt für die SPD-Fraktion zu Protokoll, dass sie an Beratung und Abstimmung dieses Punktes nicht teilnehmen werde.

Herr Hill erklärt, man wisse, dass auch der Regionalverband entsprechenden Zwängen unterliege. Neben der sachlichen Auseinandersetzung bezüglich der Rechtmäßigkeit der Erhöhung wünsche er sich auch eine politische Diskussion darüber, ob die derzeitige grundsätzliche Finanzierung des Regionalverbandes und der Kommunen der richtige Weg sei. Man unterliege dem Zwang, dem Haushalt des Regionalverbandes Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite stehe der Regionalverband vor der Situation, dass er im Rahmen seiner Auflagen Dinge zu erledigen habe und dafür entsprechende Mittel benötige. Darüber stehe wiederum die Landespolitik. Auch dort gebe es bestimmte Zwänge, wie z.B. die Schuldenbremse. Die Kommunen würden aus dem letzten Loch pfeifen. Er finde es zudem schade, dass die Kommunen nicht am selben Strang ziehen, denn es betreffe schließlich auch alle Kommunen. Er bedauere, dass im Kooperationsrat mit Ausnahme von Heusweiler und Saarbrücken sich niemand dazu zu Wort gemeldet habe.

Herr Manfred Schmidt erklärt, man stehe vor der Entscheidung, wie man nun mit dem Bescheid und der Erhöhung der Umlage umgehe. Mit dem Widerspruch könne die CDU-Fraktion mitgehen, das koste noch kein Geld. Wenn jedoch entschieden werden müsse, ob geklagt werde oder nicht, müsse im Vorfeld mit den beteiligten Kommunen ein möglicher Umlageschlüssel verhandelt werden. Und erst wenn dieser bekannt sei, könne eine Entscheidung getroffen werden. Der

Vorsitzende erklärt, dass dies zeitnah geschehen werde. Es sei bereits seit geraumer Zeit klar, dass es so nicht weiter gehen könne. Die Umlage steige stetig, die Soziallasten ebenso. Landauf landab werde dies in den Parteien diskutiert, es ändere sich jedoch nichts. Es fehle an Aufgabenkritik. Der Regionalverband wie auch die Stadt Saarbrücken hätten beide ca. 1200 Mitarbeiter, unterteilt in viele Abteilungen. Weder für die Verwaltungsspitze noch die Abteilungsleiter darunter sei es möglich zu prüfen, wie die Aufgabenkritik erfolge.

Herr Krebs führt zur Personalisierung im Regionalverband weiter aus, dass Mitarbeiter der Gemeinde Heusweiler zum Regionalverband gewechselt seien, nicht zuletzt weil sie dort wesentlich besser bezahlt würden. Was das Personal des Regionalverbandes im Vergleich zum Personal der entsprechenden Abteilungen in den Rathäusern angehe, sehe er auch Herrn Gillo persönlich in der Verantwortung, die Sparbemühungen, die den Kommunen aufgedrückt worden seien, auch im Regionalverband durchzuführen. Es bestehe zudem ein Missverhältnis zwischen Steuereinnahmen der Kommune Heusweiler und dem, was die Kommune an den Regionalverband weiterreichen müsse. Er bittet Frau Mack um Information bezüglich der Höhe zwischen Einnahmen und Ausgaben. Frau Mack teilt mit, dass die Steuereinnahmen bei 13,6 Mio € lägen. Die Schlüsselzuweisungen würden nicht ausreichen, um die Regionalverbandsumlage zu decken. Man müsse auf jeden Fall auf eigene Steuermittel zurückgreifen. Damit, so Herr Krebs, stehe und falle die Handlungsfähigkeit der Kommune, die durch die Umlage immer stärker eingeschränkt werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussempfehlung mit 8 Ja- Stimmen (5 CDU, 1 FDP, 1 Die Linke, 1 UBH):

1. Die Gemeinde Heusweiler legt gegen den Bescheid über die Festsetzung der Regionalverbandsumlage für das Haushaltsjahr 2017 vom 13. Februar 2017 Widerspruch ein; dieser hat hinsichtlich der Zahlungspflicht keine aufschiebende Wirkung.
2. Über die Einleitung weiterer gerichtlicher Schritte wird der Gemeinderat nach Abschluss des Widerspruchsverfahrens beraten und beschließen.
3. Eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Anstiegs der Regionalverbandsumlage liegt im Interesse aller regionalverbandsangehörigen Kommunen.
Daher erklärt sich die Gemeinde Heusweiler im Falle der Klageerhebung durch eine Kommune bereit, sich an den Kosten des Verfahrens (1. Instanz) in angemessenem Rahmen zu beteiligen. Hierzu ist mit allen Beteiligten im Vorfeld des Verfahrens ein Umlage-schlüssel zu vereinbaren.

(Die SPD-Fraktion hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen)

zu 5 Mitteilungen und Verschiedenes

zu 5.1 Mittel des Innenministeriums

Herr Hill möchte wissen, wieviel Mittel für die Straßen abrufbar seien. Der Vorsitzende erklärt, 284.600 € seien entsprechend der im Gemeindebereich befindlichen Straßenkilometer zugewiesen worden. Das sei kontrolliert worden und so in Ordnung.

zu 5.2 umgefallenes Schild

Herr Krebs weist darauf hin, dass in der Nähe der Realschule gegenüber der Brücke zum Sportplatz im Gebüsch ein Schild „Durchgang für Fußgänger verboten“ läge, samt dem Befestigungsrohr. Der dazugehörige Ständer läge auf der hölzernen Brücke. Er bittet, sich darum zu kümmern.

zu 5.3 Bus der AfD mit Beschallungsanlage

Herr Stefan Schmidt teilt mit, dass die AfD am Wochenende mit einem blauen Bus mit Beschallungsanlage durch Heusweiler gefahren sei und am Marktplatz gehalten habe. Anwohner hätten sich beschwert und angedroht, Anzeige wegen Ruhestörung zu erstatten. Da es für ein solches Vorgehen einer Erlaubnis bedarf, möchte er von der Verwaltung wissen, ob die AfD diese Erlaubnis vorher eingeholt habe. Herr Thinner erklärt hierzu, dass dies über den Regionalverband erfolgen würde. Eine entsprechende Mitteilung habe die Verwaltung nicht erhalten, man könne aber nachfragen.